
17496/J XXVII. GP

Eingelangt am 17.01.2024

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

der Abgeordneten Philip Kucher, Genossinnen und Genossen,
an den Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz

betreffend **Rückholaktion Pflegekräfte in Österreich**

In Österreich herrscht bereits ein Pflegenotstand. Die Lage droht sich in den nächsten Jahren noch zu verschlechtern. Ging man im Jahr 2019/2020 noch von zusätzlichen 75.700 bis 100.000 benötigten Personen in der Pflege bis zum Jahr 2030 aus, ist die Bedarfsprognose nunmehr auf bis zu 200.000 Pflegekräfte bis 2050 gestiegen.¹

Dies hat neben der Demografie auch mit den Arbeitsbedingungen in der Pflege zu tun. In einer Studie der AK im Jahr 2021 gaben 44% aller Angehörigen von Pflegeberufen an, monatlich oder sogar häufiger an Berufsausstieg zu denken – im Vergleich dazu waren es im Jahr 2018 „nur“ 28%. Besonders junge Berufsangehörige zwischen 20 und 29 Jahren – also die Pflegekräfte der Zukunft – denken monatlich über einen Berufswechsel nach, nämlich 57%. Das sind Alarmglocken, die uns zeigen, dass immer mehr „Held:innen der Pandemie“ unter schlechten Arbeitsbedingungen leiden und den Job wechseln.

Im Gesundheitsberuferegister (GBR) waren im Jahr 2022 17.745 registrierte Angehörige der Pflegeberufe von 172.507 in der Kategorie "Sonstige" (das sind 10,3%). Das sind Personen, die zum Beispiel nach der Ausbildung noch nicht beschäftigt, arbeitssuchend, ehrenamtlich tätig, in einem anderen Beruf tätig oder in Pension sind. Wer den Pflegenotstand ernsthaft in Angriff nehmen will, muss sich doch zuallererst ansehen, wie hoch das Potenzial jener Personen ist, die sich bereits vorstellen konnten, als Pflegekräfte tätig zu sein. Die Arbeitsrealität in den Pflegeberufen ist durch permanente Mehrarbeit bzw. Überstunden gekennzeichnet, was vielfach zu einer großen Anzahl von Teilzeitvereinbarungen, Burn-out, Langzeitkrankenständen und vorzeitigem Berufsausstieg führt. Sie zurück in den Beruf zu holen, indem man die Arbeitsbedingungen verbessert, ist unausweichlich.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

Anfrage:

1. Wie viele Personen im erwerbsfähigen Alter mit Pflegeausbildung waren im Jahr 2023 insgesamt nicht, oder nicht mehr in ihrem erlernten Beruf tätig? (Bitte um Aufschlüsselung

¹ GÖG GmbH bei der ÖKSA-Tagung in Salzburg im November 2023

nach Bundesländern & Gesundheits- und Krankenpflegeberufen)

2. Werden die Gründe dafür erhoben?
3. Was sind die dem BMSGPK vorliegenden Gründe?
4. Wie groß ist das Arbeitsvolumen der Pflegeberufe, d.h. die Anzahl der verfügbaren Wochenarbeitsstunden, in den Settings der mobilen Dienste, der stationären Langezeitbetreuung und den Akutkrankenanstalten?
5. Was wird getan, um die Datenlage und Informationen bezüglich Angehörige von Pflegeberufen zu verbessern?
6. Wie viele Personen mit Pflegeausbildung sind in den letzten zehn Jahren in einen ausländischen Arbeitsmarkt abgewandert? (Bitte um Aufschlüsselung der „Abwanderung“ nach Kalenderjahren)
7. Welche Maßnahmen sind noch im Jahr 2024 geplant, um Angehörige von Pflegeberufen wieder in ihren erlernten Beruf zurückzuholen?
8. Werden Sie die Entwicklung von wissenschaftlich fundierten Personalbemessungsmethoden in Auftrag geben, damit so bald wie möglich angemessene Personalbesetzungen entsprechend dem Bedarf und dem Arbeitsauftrag der jeweiligen Einrichtung bzw. Station festgestellt werden können?
9. Welche Maßnahmen setzen Sie noch vor Ablauf der Legislaturperiode, um die Arbeitsbedingungen in der Pflege zu verbessern?